



Das Foto der Revolution – die rote Fahne wehte am 15. November 1918 am Bremer Rathaus.

Foto: Focke-Museum, Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte, Bildarchiv, Inventarnummer: 1977.357

Die Bremer Räterepublik

Ideen zu einem Schulprojekt

Von *Andreas Rabenstein* und dem *Leistungskurs Geschichte der Oberschule Findorff*

■ Was wir hier betreten ist Neuland...

Es gibt zwei Ideen, die im nachfolgenden Projekt zusammenliefen: Zum einen haben wir ein historisches Ereignis, nämlich die Novemberrevolution von 1918, die sich zum 100. Mal jährt. Zu diesem Projekt sollte sich auch die GEW verhalten. Zum anderen ist die Frage, ob nicht auch die Bremer Lehrerzeitung einen »Service-Anteil« liefern sollte – zum Beispiel in der Bereitstellung von Unterrichtsmaterial und Konzepten für die Unterrichtsgestaltung, zumal dies gerade kommerzielle Unternehmungen (zumeist im eigenen Interesse) gerne anbieten und daher die Frage ist, was eine Bildungsgewerkschaft dem entgegen setzt. Aus diesem Anlass entstand die Idee beides zusammen zu führen.

Historische Thematik

Der 9. November 1918 und die Ereignisse der deutschen Revolution stehen in den deutschen (und Bremer) Geschichtsbüchern geschrieben. Hier werden aber zumeist die Ereignisse in

Berlin in den Fokus genommen. Dass es aber darüber hinaus auch in anderen Städten und Regionen zu revolutionären Erhebungen kam, wird dagegen kaum thematisiert. Hier galt es in unserem Geschichtsprojekt anzusetzen. Ziel war es herauszufinden, was in unserer Stadt in jenen Tagen und Wochen geschehen ist und welche Auswirkungen sie (bis heute) für uns haben. Der Schwerpunkt unserer Betrachtung lag dabei auf der Bremer Räterepublik. Ihre Entstehungsbedingungen, ihren Verlauf, ihr Scheitern und die Folgen nach zu zeichnen, war daher Anlass für eigene Forschungen. Um den Ertrag für andere nutzbar zu machen, unternehmen wir also den doppelten Versuch, die Bremer Ereignisse von 1918/19 aufzuzeigen und ihre Thematisierung für den Unterricht zu veranschaulichen.

Fragestellung

Unsere Fragestellung ist also zum einen eine historische, zum anderen eine pädagogische. Es war und ist unser Anliegen nicht nur ein Geschichtsprojekt zu dokumentieren,

sondern auch Anregungen für deren Einsatz im eigenen Unterricht zu geben. Es ist aber vor allem ein Projekt von Schülerinnen und Schülern, in der Hoffnung, dass dies nicht nur zur Unterrichtsgestaltung genutzt wird, sondern auch Ansporn gibt, andere Unterrichtsergebnisse zur gleichen Thematik, aber auch anderen Themenfeldern zur Diskussion zu stellen. Wir verstehen uns in diesem Ansatz daher als Impulsgeber, in der Hoffnung, dass die BLZ auch zu einem Austauschforum über Unterrichtsideen und -konzepte werden kann.

Herangehensweise

Unsere Herangehensweise war damit logisch auch eine doppelte: Zum einen versuchen wir wichtige Aspekte fachwissenschaftlich dar zu stellen, zum anderen Unterrichtsmaterial zu produzieren, die einen Unterrichtseinsatz standhalten oder überarbeitet werden können und müssen. Wir erheben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Exemplarität, sondern freuen uns auf kontroverse Resonanz. Die Idee ist dabei einerseits fundiertes Wissen zu der Thematik wiederzugeben, zum anderen Arbeitsblätter zu erstellen, die sowohl in der Sekundarstufe, als auch in der Oberstufe einsetzbar sind. Wir freuen uns auf ein lebhaftes Feedback.



Auf den Spuren der Räterepublik: Der Geschichtsleistungskurs der Oberschule Findorff untersuchte die Ereignisse vor hundert Jahren. Von links nach rechts: Michal Remisiewicz, Fabian Linne, Alexander Ahlers, Jaron Kappauf, Emily Tursunovic, David Schmidt, Andreas Rabenstein, Pia Lodde, Luca Dominic Krammig, Thies Erdmann, Fathi Ben-Abdallah, Salim Radi und Marlena Jakubowski. Nicht im Bild sind: Jacob Elmshäuser, Nikolai Gedde, Magda Lotta Butt, Sabrina Gottschlich, Sophia Kuprian, Piet Petermann, Joschka Röhrs Foto: Karsten Krüger

Als der 1. Weltkrieg zu Ende ging

Die Ausgangslage 1918

Von Pia Lodde,
Marlena Jakubowski
und Emily Tursunovic

■ Im September 1918 konnte selbst die oberste Heeresleitung nicht mehr die Augen vor der nahenden deutschen Niederlage verschließen. Um sich den daraus folgenden Verantwortungen zu entziehen, aber auch aus Furcht vor einer Revolution nach russischem Vorbild, beschloss der »Kronrat« eine Revolution von oben durchzusetzen. Erstmals sollte der Reichstag befugt sein, die Reichsregierung zu stellen. Noch am ersten Tag der parlamentarischen Regierung schickte der neu designierte Reichskanzler Max von Baden eine Nachricht an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson mit einer Einladung zu Friedensverhandlungen.

Schon im Verlauf des Krieges setzte nach anfänglicher Kriegsbegeisterung eine Ernüchterung ein. Diese wurde durch menschliche Verluste und die schlechte Versorgungslage bedingt. Beispiele dafür sind die steigenden Lebensmittel- und Kohlepreise.

Die Oktoberreform

Die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung sorgte für einen um sich greifenden Friedenswillen und dem Wunsch nach einem sofortigen Kriegsende. Je länger der Friedensschluss auf sich warten ließ, umso politischer und radikaler wurden die Friedensbewegungen. Voraussetzung für die Friedensverhandlung waren die Entmilitarisierung und Demokratisierung des Deutschen Reiches. Innerhalb der deutschen Bevölkerung trat die öffentliche Förderung nach der Abdankung des Kaisers auf, da dieser einem Friedensschluss im Weg stand. Trotz der in Kraft tretenden Verfassungsreform am 28. Oktober 1918 zur parlamentarisch-demokratischen Monarchie, ließ eine Revolution von unten nicht verhindern. Auslöser dessen waren zum Teil provozierende Aktionen des Militärs und der Mon-

archie, in dem Versuch sich weiter an die Macht zu klammern.

Beginn der deutschen Revolution

Die deutsche Marine sollte in eine letzte große Schlacht ziehen um »heroisch« unterzugehen, so der Plan der obersten Heeresleitung. Um diese sinnlose Todesfahrt zu umgehen, löschten die Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel die Kessel. Tausend Meuterer wurden inhaftiert und vor einem Kriegsgericht zu Tode verurteilt. Dies führte am vierten November 1918 zu einer Bewaffnung der Kieler Mannschaften. Sie wählten die ersten Arbeiter und Soldatenräte und zwangen den Militärgouverneur die Meuterer wieder freizulassen. Werft- und Industriearbeiter solidarisierten sich mit den Matrosen. Im Verlauf des Tages gelang es den Räten wichtige militärische und zivile Dienststellen in Kiel zu besetzen. Mit Hilfe der USPD und MSPD gelang es, einen provisorischen zentralen Arbeiter- und Soldatenrat zu gründen. In den folgenden Tagen sorgte der Kieler Matrosenaufstand für eine revolutionäre Welle in den norddeutschen Hafenstädten und den Binnenländern.

Am 7. November 1918 wurde in Bayern die Republik ausgerufen und die MSPD stellte die Forderung nach einem Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen. Unterdessen bereiten sich Berliner Linksradikale der Spartakusgruppe unter Karl Liebknecht auf eine Revolution vor.

Generalstreik am 9. November

Wenige Tage später kam es am 9. November zu einem Generalstreik unter Führung der MSPD und den ihr nahestehenden Gewerkschaften, sowie dem Austritt der MSPD aus der Reichsregierung. Max von Baden scheiterte daran, den Kaiser selbst davon zu überzeugen auf den Thron zu verzichten und verkündete daraufhin eigenmächtig die Abdankung. Das Amt des Reichskanzlers wurde dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert übertragen. Dessen Aufgabe war es Wahlen, erstmalig unter Beteiligung der Frauen, zu organisieren und Frieden mit den Alliierten zu schließen. Um die Massen vor dem Reichstag zu beruhigen trat Staatssekretär Philipp Scheidemann ans Fenster und rief die »deutsche Republik« aus. Nur wenige Stunden später rief Karl Liebknecht, Führer des Spartakusbundes, die »freie sozialistische Republik Deutschland« aus.

Vor Ausbruch des Krieges wurden die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Bremen von den Arbeitern größtenteils nicht in Frage gestellt. Dem Großbürgertum kam die Ordnung im Kaiserreich entgegen, da diese seine wirtschaftliche Macht sicherte.

Situation in Bremen

Bis 1918/19 war der Bremer Senat in seiner Zusammensetzung homogen. Jeweils zehn Sitze im Senat mussten mit Rechtsgelehrten und drei weitere Sitze mit Kaufleuten besetzt werden. Die politische Macht lag somit in der Hand von Vertretern, welche lediglich einen kleinen Teil der Bevölkerung repräsentierten. Des Weiteren hatte das Parlament nicht die Möglichkeit die Regierung abzusetzen, da die Senatoren auf Lebenszeit gewählt wurden.

Kampf um das Wahlrecht

Durch die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts und die Einführung

eines acht Klassen Wahlrechts im Jahr 1852, wurde eine gleichberechtigte Mitbestimmung bei den Bürgerchaftswahlen verhindert.

Revolutionäres Potential unter den Arbeitern bildete sich bereits während des Krieges. Auslöser waren die schlechte Versorgungslage und lange Arbeitszeiten in den Unternehmen. Im Mai 1916 kam es zur Verhaftung Karl Liebknechts aufgrund einer von ihm organisierten Arbeiterdemonstration. Im Juni 1916 kam es in Bremen zu mehreren Protestaktionen, welche der Verhaftung und der herrschenden Lebensmittelknappheit geschuldet waren. Gruppen von Frauen und Kindern trafen sich am Spielplatz an der Nordstraße. Nach und nach steigerten sich die Proteste bis hin zu Streiks der Arbeiter der AG Weser und Ende Januar 1918 kam es zu organisierten Massenstreiks unter der Führung der USPD. Daraufhin

»Die beste Regierungsform für das Proletariat ist das Räteresystem. Die Entscheidung ist gefallen. Bremen ist eine selbstständige sozialistische Republik.«

Adam Frasunkiewicz am 10. Januar 1919 vom Rathausbalkon

wurden die Bremer Werften vom Militär unter Kontrolle genommen und im Sommer 1918 kam es schließlich zur Arbeitsniederlegung auf der AG Weser.

Als die Revolution nach Bremen kam

Zeitgleich sorgte die veraltete Bremer Verfassung für politische Diskussionen. SPD und Linke forderten ein allgemeines Wahlrecht. Am 4. November wurde das Versammlungsverbot aufgehoben und die USPD hielt eine Veranstaltung im »Casino« an den Häfen ab. Der Sozialist und Reichstagsabgeordnete Alfred Henke formulierte das Ziel einer sozialistischen Republik der Arbeiter nach russischem Vorbild. Zwei Tage später trafen Abgeordnete der revoltierenden Kieler Matrosen in der AG Weser auf. Sie forderten Unterstützung zur Befreiung der inhaftierten Kameraden in Oslebshausen an. Am selben Tag kam es zu weiteren Meutereien innerhalb der Stadt Bremen.

Zum einen am Bahnhof, durch Gefangene aus Wilhelmshaven, und in den Kasernen am Neustadtswall. Die Soldaten in den Kasernen weigerten sich aus Bremen abziehen.

In den Nachmittagsstunden des 6. Novembers kam es zu Demonstrationen auf dem Marktplatz. Die Bürgerschaft beriet währenddessen über die Einführung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Die Geräusche der Demonstranten gelangten ins Innere der Bürgerschaft und machten deutlich, dass diese von den Massen jederzeit außer Funktion gesetzt werden konnte. Es stellte sich grundsätzlich die Frage, ob eine Diktatur des Proletariats mit Räteresystem nicht weitaus wahrscheinlicher wäre. Das allgemeine Wahlrecht wurde von der Bürgerschaft verabschiedet. Zum Abend trafen Industriearbeiter und Soldatentruppen auf den Marktplatz ein. Gegen 20 Uhr betraten unabhängig Sozialdemokraten und Soldaten den Balkon des Bremen Rathauses

Ausrufung der Bremer Republik

Adam Frasunkiewicz verkündete die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates an. Die Betriebe sollten Vertrauensmänner entsenden, welche den Arbeiterrat wählen sollten. Am 7. November kam zu den Wahlen der Vertreter für den Arbeiterrat. Dieser bestand aus 180 Personen, hinzu kam der Soldatenrat mit 30-50 Vertretern. Die Räte sollten die Kontrollgruppen bilden. Für die politische Ausführung war der 15-köpfige Aktionsausschuss zuständig.

Der Senat dankt ab

Der Senat verkündete am 11. November die Fertigstellung der Wahlrechtsvorlage an. Zwei Tage später kam es zu einer Versammlung des Arbeiter-Soldatenrates im Sitzungssaal der Bürgerschaft. Der Arbeiter-Soldatenrat übernahm die Gewalt in Bremen. Senat und Bürgerschaften bestanden in ihrer eigentlichen Funktion nicht mehr. Der Rat bildete die Legislative, die Regierung war der Aktionsausschuss und der Senat sollte nur noch die Verwaltungsspitze stellen. Um 20 Uhr verkündete Alfred Henke vom Fenster des Arbeitszimmers des Senatspräsidenten, dass am nächsten Tag die rote Fahne vom Balkon des Rathauses gehisst werden sollte.



Pia Lodde, Marlena Jakubowski, Emily

Quelle: eigene Zeichnung, Bremen 2018

Arbeitsblatt zum Revolutionsbeginn 1918

Aufgabenstellung:

1. Beschreiben Sie die Karikatur in eigenen Worten!
2. Ordnen Sie die Karikatur in den historischen Kontext ein und erläutern Sie ihre Bedeutung!
3. Beziehen Sie die Karikatur auf die damaligen Geschehnisse in Bremen!